

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helfste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Bürokonto Nr. 3. — Postcheckkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgeheftene Beilage 50 Pf., außerhalb der Amts-hauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Eingekauft und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 50

Dienstag den 1. März 1921

87. Jahrgang

In das Güterrechtsregister ist am 23. Februar 1921 eingetragen worden, daß der Privatmann Karl Paul Bürger in Hänichen und seine Frau Ernestine Wilhelmine verw. geb. Glauche durch Vertrag vom 16. Februar 1921 die Verwaltung und Nutzung des Mannes ausgeschlossen haben.
2 A. Reg. 7/21. — Amtsgericht Dippoldiswalde, am 23. Februar 1921.

Die Gemeinde Niedertraundorf beabsichtigt das Fischwasser auf die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1927 auf das Weißgebiet zu verpachten. Angebote sind bis 10. März 1921 beim Gemeindevorstand einzureichen. Nichtbeantwortung bis 15. März gilt als Ablehnung.
Niedertraundorf, den 28. Februar 1921.
Der Gemeinderat.
Reichel, G. V.

Rugholzverfeigerung. Wendischhearsdorfer Staatsforstrevier.

Gasthof „zur Heidemühle“ in Wendischhearsdorf, Freitag den 4. März 1921 vormittags 10 Uhr: 53 h. Stämme 10/21 cm, 955 w. Stämme 10/31 cm, 15 h. Röhre 13/26 cm, 212 w. Verblungen 8/13 cm. Hirschwald. Rahlschlag Abt. 6, Durchforstung Abt. 2, 3, Einzelhölzer Abt. 1, 19 h. Stämme 10/26 cm, 1966 w. dergl. 10/33 cm, 4 h. Röhre 14/20 cm, 35 w. Röhre 13/27 cm. Dippoldiswalder Heide. Rahlschlag Abt. 54, Durchforstung Abt. 41, 54 h. Stämme 11/27 cm, 1526 w. dergl. 10/28 cm, 14 h. Röhre 14/40 cm, 425 w. Verblungen 8/18 cm. Rabenauer Toll. Rahlschlag Abt. 78, 81, Durchforstung Abt. 74, 84, 87.
Staatsforstrevierverwaltung Wendischhearsdorf. Forstrentamt Tharandt.

Weitere amtliche Bekanntmachungen siehe Beilage.

Vertilches und Sächsisches.

Dippoldiswalde, 28. Februar. Am Sonnabend hielt der Hausbesitzer-Verein seine Hauptversammlung in „Stadt Dresden“ ab unter Leitung seines Vorsitzenden, des Herrn Wehner, der den Jahresbericht erstattete, aus dem hervorging, daß der Verein zwar langsam, aber doch stetig wächst (72 Mitglieder am Schlusse des Jahresjahres), daß er um Genehmigung einer 40prozentigen Mieterhöhung beim Mietereingangsamt vorstellig wurde, für welches er auch mit Erfolg den Hausbesitzer-Veifiger vorzuschlag usw. Weiter berichtete Herr Wehner über den von ihm besuchten Verbandstag des Landesverbandes, dem damals 280 Vereine angehörten. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß gar mancher Hausbesitzer immer noch der Meinung sei, der Hausbesitzer-Verein habe nur den einen Zweck, die Miete in die Höhe zu drücken, weshalb seine Mitgliedschaft nutzlos für ihn sei, da er nur einen oder überhaupt keinen Mieter hat. Wer so denke, vergesse, daß der Umstand, daß die steuerliche Belastung des Haus- und Grundbesitzes in ihren Auswirkungen heute Formen besitzt, die er teilweise schon angenommen hat, die es zur unabwendbaren Pflicht macht, sich zu äußern. Um das mit Erfolg tun zu können, sei aber erste Beteiligung der Zusammenkunft, und zwar nach Möglichkeit lediglicher. Derhalb sei nicht nur die stliche Vereinigung notwendig, sondern auch die im-Lande und Reichs. Die Sache einfach lösen zu lassen sei gleichbedeutend mit Selbstmord. Wo die jetzige Wohnungspolitik hinführe, zeige ja das Elend auf dem Wohnungsmarkte, wofür man heute so gern den privaten Hausbesitz ganz ungeschwießlich verantwortlich machen möchte, während in Wirklichkeit die widerwärtigen gesetzlichen Maßnahmen viel Schuld trifft. Das widerwärtige Niedrighalten der Mieten, wie es bisher üblich war, mache eben schlichtlich auch Genossenstellen und Gemeinden das Bauen unmöglich. Das zeige sich ja heute überall. — Der von Herrn Gemeindevorstand vorgeschlagene Kassenertrag auf 1918/19 betrug bei 386,79 M. Einnahme und 108,50 M. Ausgabe mit 278,29 M. Bestand ab, während der für 1919/20 507,29 M. Einnahme, 207,40 M. Ausgabe, somit 299,89 M. Bestand nachweist. Zu Rechnungsprüfern wählt man die Herren Meißner und Bode, zum 1. Vorsitzenden Herrn Gemeindevorstand, zum Kassierer Herrn Pfütz und die auscheidenden Weifiger wieder. Der Jahresbeitrag wird auf 10 M. festgesetzt, wofür jedes Mitglied der Hausbesitzer-Zeitung kostenlos erhalten wird. Nachdem noch vier weitere Resolutionen vorgelesen waren, kam die sächsischen Wohnungen zur Sprache und wird deren Anwendung auch für den privaten Hausbesitz nach der verschiedensten Seiten betrachtet, wie auch sonst noch Auskunft gegeben, wie der Hausbesitzer Reparaturausgaben verschiedener Art bei Festlegung der Miete zu stellen, wie er seine eigene Tätigkeit zu bewerten hat usw. Auch sind eine Anzahl ausstehender Rechnungen verschiedener Art eingegangen, die beim Vorsitzenden entnommen werden können.

Nachdem die Stadtkasse wieder in ihr Domizil im Erdgeschoss, aus dem sie der Reichsverband vertrieben, übergeben ist, befinden sich sämtliche sächsischen Kassen in den endgültig für sie bestimmter Räumlichkeiten und zwar Stadt-, Epar-, und Strolsche im Erdgeschoss und Einnahmestelle im ersten Obergeschloß.

Zu einer wichtigen Weifiger-Vereinigung vereinigen sich die Mitglieder des Weifiger-Vereins am Sonnabend im Eckgebäude. Beinhaltig freud- und leidvoll und mit bestem Besatzungsstand folgte Herr Rektor Günner dem großen Weifiger in seinem Lebens- und Entwicklungsgang und in seinem Echollen und stimmte dazu, die musikalischen Vergnügungen der Zukunft ein zu gleichzeitiger Aufnahme der Weifiger-Kompositionen, die Kollegen im Klavier, Violin- und Streichquartettvorstellungen und Herr und Frau Günner in Egmont- und anderen Neben vorzuführen.

Den Schluß der Feier bildete ein von Herrn Oberlehrer Widner geleiteter allerliebster Reigen von 8 Mädchen unter den Klavierleitungen eines Weifiger-Musikanten.

Der Zweigverein Dippoldiswalde vom Roten Kreuz erstattete am Donnerstag in einer Jahresversammlung Bericht über die Tätigkeit der Kunst- und der Hilfsleistungsgesellschaft, sowie der Sanitätskolonne. Bedenklich wirkte in den Kriegsjahren der Landesverein durch Helmschutz-Tauschen von Verwundeten in eigenen Jagareitagen. Nach Rechnungsablegung wählte man Herrn Privatius Max Schmidt zum Vorsitzenden, Herrn Oberregierungssekretär Vorstörer zum Schriftführer und Herrn Stadtkassenführer Volgi zum Schatzmeister und beschloß, die Sanitätskolonne unter Leitung der Herren Sanitätsrat Dr. Volgi und Krankenhausverwalter Fider zu Hilfeleistungen bei Unglücksfällen auch ferner auszubilden und aben zu lassen.

Im Gewerbeverein sprach Dienstag Bezirksrat Sturm über „Macht und Ohnmacht der Erziehung“. Die Zukunft eines Volkes ruht auf seiner Jugend. Darum muß jeder, dem das Wohl der Nation am Herzen liegt, den Fragen der Lebenswohlfahrt unserer Kinder nachdenken, nicht minder aber auch der: „Was dient zur geistlichen und stlichen Erziehung der Jugend?“ Viele werden hierauf antworten: „Eine gute Erziehung“. Wer so antwortet, ist aber zugeht, daß die Erziehung mächtig ist, daß sie leisten könne, was man von ihr erhofft: „Die Heranbildung eines tüchtigen Geistes“. Nicht alle indes haben dies Vertrauen. Es gibt und gab Leute, die behaupteten, daß die Erziehung ohnmächtig sei. Auch in der Weifiger-Kasse gingen einst die Meinungen hierüber auseinander. Der Vortragende wird versuchen, diese Streitfrage in volkstümlicher Weise zu beantworten. Bei der großen Wichtigkeit, die der Erziehung gerade gegenwärtig zukommt, darf darauf getrennt werden, daß sich alle Weifiger für diesen Vortrag interessieren.

Reichstädt. Der hiesige Landw.-Verein feierte vergangenen Donnerstagabend im hiesigen niederen Gasthofe in heimlicher Weise sein Stiftungsfest. Vor Beginn der gemeinschaftlichen Tafel begrüßte der Vorsitzende, Herr Gutsherr Max Ringer, die geladenen Gäste und die fast vollständig erschienenen Mitglieder mit ihren Frauen, dem Bitte einen heftigen Versuch unternahm. Während der Tafel ergreift das Vorstandsmittglied, Herr Gutsherr Wilhelm Volgi, das Wort, um neuen Mitarbeiterinnen, die 5-7 Jahre ihre Kräfte bei ein und derselben Herrschaft der Landwirtschaft in Treue gewidmet hatten, die vom Vereine gestifteten Auszeichnungen zu überreichen. Ausgezeichnet wurden: die Fräulein Flora Rimm bei Herrn Gutsherr Hermann Bernhardt, Elia und Frieda Fischer bei Herrn Gutsherr Max Reichel 45, Frieda Hippmann bei Herrn Gutsherr Max Reichel Nr. 62, Lora Kellmann b. Herrn Gutsherr Emil Weinholt, Elisabeth Langbein bei Herrn Gutsherr Otto Heber, Frau Reichel geb. Hippmann bei Herrn Gutsherr August Reichel. Nach dem Gesang eines Liedes, das die Mädchen und Frauen der Landwirtschaft und die den Ernst dieser Zeit überlebte wurde die Tafel, der sich ein sächsischer Fall angeschlossen, aufgegeben. Möge der Verein allzeit zum Segen der deutschen Landwirtschaft und des gelehrten Volkes führen, blühen, wachsen und gedeihen; möge aber auch allzeit treue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sich in den Dienst der Landwirtschaft stellen und da liebreiche, treuherzige Herrschaften finden.

Reinhardtsgymnasium. Der landwirtschaftliche Verein hielt am 25. Februar im hiesigen Amtsgericht seine diesjährige Hauptversammlung ab. Als Vortragender war Herr Prof. Dr. Schellenberger von der landwirtschaftlichen Schule zu Weifiger erschienen worden, der in sehr anschaulicher und reichlicher Weise über „Zeitgemäßes Färgungsfragen“ sprach. Aus der Fülle der Darstellungen seien nur einige Hauptgedanken herausgehoben. Deutschland muß, um sein Volk zu ernähren, intensive Landwirtschaft betreiben. Voraussetzung

dazu ist die Düngung mit Stickstoff, Phosphorsäure, Kalk und Kalk (Volldüngung). Aber auch die einseitige Düngung verspricht bei richtiger Anwendung gute Erfolge. Unter genauer Beachtung der Statistik des Landbaues muß dem Boden das zugeführt werden, was ihm die Pflanze entzieht. Da alle Düngemittel heute im Preise sehr hoch stehen, empfiehlt es sich für den Landwirt, den Jauch- und Düngestätten mehr Beachtung zu schenken. Durch sorgfältige Felderpflege sind die freilebenden Stickstoffbakterien an den Boden zu binden. Gründüngung mit gekimpfter Seradella und Gelbkleie ist sehr empfehlenswert. Hierauf gab der Herr Vortragende einen Überblick über die neueren Stickstoffdüngemittel, ihre Zusammenlegung, Anwendung und Wirkung. Reicher Beifall der zahlreichen Mitglieder dankte dem Herrn Vortragenden für die tieferschöpfenden Belehrungen. Eine sehr rege Aussprache schloß sich an. — Im geschäftlichen Teil gab der Kassierer, Herr Gutsherr Hugo Jungnickel, dem Kassenertrag, der ein außerordentlich günstiges Bild bot. Die Wahlen zum Gesamtvorstand hatten folgendes Ergebnis: Privatmann Ewald Gräßl, Vorsitzender, Gutsherr Gustav Hamann, Stellvertreter, Gutsherr Hugo Jungnickel, Kassierer, Drogist Georg Vogel, Schriftführer, Kantor Emil Schubert, Stellvertreter. Auf eine ganze Reihe eingegangener Gesuche Brandgeschädigter wurden Unterstellungen bewilligt. Einige Mitglieder berichteten über Kurse in landwirtschaftlicher Buchführung, die in heutiger Zeit für jeden Landwirt unerlässlich ist. Endlich wurde beschlossen, Mitte März das Stiftungsfest mit Tafel und Ball zu feiern und damit die Ausscheidung treuer Dienstboten zu verbinden. Die Vorarbeiten hierzu übertrug man einem besonderen Bergnügungsausschuß.

Dänischen. Am Freitag den 25. Januar fand hier ein gut besuchter Elternabend statt. Herr Lehrer Weidmann sprach über: „Was muß jeder Erzieher über unsere neuen Mädchenfortbildungsschule wissen?“ In dem Vortrage wurde vor allen Dingen ein Einblick gewährt in den Betrieb einer Mädchenfortbildungsschule. Man war aberzeugt davon, daß eine gutgeleitete Mädchenfortbildungsschule nur gutes für Familie, Beruf und Staat bringen kann.

Altenberg. Immer dreister und frecher treten die Spitzhaken in unserem Städtchen auf. Nachdem erst vor einigen Wochen verschiedene Einbrüche verübt worden waren, haben sich dieselben in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend und Sonnabend zum Sonntag wiederholt. Eingebrochen wurde im Kolonialwarengeschäft Häre und bei der Witwe Höhnel, die selbst nur von Rentenspennigen lebt. Auf neue Veruche man es bei Fuhrwerksbesitzer Wölfe, wo sie aber diesmal infolge Aufmerksamkeit des Wälfers gescheitert wurden. Hoffentlich gelingt es der Polizei bald, dieses lächerliche Gesindel dingfest zu machen und ihrer exemplarischen Bestrafung zuzuführen. Auch macht sich bereits unter der Einwohner-schaft der Gedanke bemerkbar, durch einen zu bildenden Nachschuß ihr Hab und Gut mit Wälfen zu helfen.

Seifersdorf. Im Wälfereizimmer des 1. Stodes unserer Schule werden Freitag, den 4. März nachmittags 4 Uhr die diesjährigen A.B.-Schüler aufgenommen. Vorzutreten haben im hiesigen landesamtlichen Bezirk geborene Dierlinge den Impfchein, zugezogene Impfchein, Geburtsurkunde und Taufbescheinigung.

Unter zahlreichen Interessenten wurde die hiesige Jagd auf die folgenden 6 Jahre an Herrn Bumberg, Weifiger einer Seifenfabrik in Postappel, für 8000 Mark, verpachtet. Das Höchstgebot lautete auf 9500 Mark. Hoffentlich wird das Verhältnis zwischen Wälfen, Jagdgenossenschaft und Gemeinde ein recht freundschaftliches und herzliches.

Es sei auch hierdurch nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Bestellungen auf Plakate nur noch kurze Zeit im Gemeindevorstand und von den Vorstandsmittgliedern des Ortsvereins entgegengenommen werden.
Frauenstein, 27. Februar. Heute vor 25 Jahren genehmigte die Zweite Kammer den Bau der Eisenbahnlinie Braunstein—Klingenberg.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 26. Februar.

Weiterberatung des Reichshaushalts.

Ein Nachtragsetat, der der Reichsregierung eine Kreditvermehrung in Höhe von 3½ Milliarden Mark gibt, wovon 8 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages bestimmt sind, wird ohne Aussprache angenommen.

Ein Antrag Marx (Str.), der auch von den anderen Regierungsparteien unterstützt wird, bestimmt, daß für die Festsetzung des religiösen Bekenntnisses eines Kindes die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches gelten mit der Maßgabe, daß das religiöse Bekenntnis des Kindes weder vom Vormunde noch vom Pfleger geändert werden kann. Bisher war die Entscheidung über das Religionsbekenntnis eines Kindes der Landesgesetzgebung überlassen. Der Antrag geht an den Reichsausschuß.

Es folgt die Weiterberatung des Haushaltsplanes beim Haushalt des Reichspräsidenten.

Eine Entschädigung des Reichspräsidenten (U. Soz.), die die Aufhebung der bayerischen Einwohnervoten verlangt, wird nicht zur Erörterung zugelassen.

Abg. Alsdorfer (Str.) berichtet über den Haushaltsplan des Reichspräsidenten. Das Gehalt des Reichspräsidenten ist auf 150 000 Mark, die Aufwandsgehalte auf 250 000 Mark erhöht. In einer Entschädigung wird eine Statistik über das Ergebnis der Prüfung der Gnadengesuche verlangt.

Der Etat wird mit der Entschädigung nach kurzer Aussprache angenommen, bezw. noch eine Reihe kleinerer Etats. Der Haushalt des Finanzministeriums wird abgelehnt, da der Berichterstatter nicht anwesend ist. Das Haus verlegt sich auf Montag.

Reichswirtschaftsrat.

— Berlin, 26. Februar.

In der heutigen Sitzung wird zunächst eine Interpellation Marx (Allg. Landw.-Vbd.) über den Nacht-Lundentag im Bankgewerbe besprochen. Ein Regierungsvorbericht ist nicht anwesend. Abg. Marx wendet sich in der Begründung seiner Interpellation gegen die Verordnung des Demobilisierungskommissars vom 10. 2. 21, wonach die Bankangehörigen bis zu 63 Stunden wöchentlich beschäftigt werden dürfen, und greift das Reichsarbeitsministerium heftig an.

Abg. Hüfner (Dtsch. Landw.-Vbd.) schließt sich dieser Polemik nicht an. Sein Verband habe gegen die Verfügung Protest erhoben und warte erst die Entscheidung ab.

Abg. Dr. Salomonson (Arbeits- u. Bankgen.) wendet sich gegen die Interpellation, die nur politische Zwecke verfolge.

Nachdem noch die Abgg. Aufhäuser (Ufa), Dr. Thissen (Dtsch. Gew.-Vbd.) und Bankdirektor Dr. Salomonson zu der Frage gesprochen haben, schließt die Erörterung ergebnislos.

Der Entwurf des Reichsmietengesetzes wird auf Montag verlegt. Ein Antrag, die jetzige Regelung der Zigarettensteuer auf ein Jahr festzusetzen, wird angenommen. Dann werden mehrere Anträge zur Wählerinnenfürsorge besprochen.

Londoner Duvertüre.

Wieder über die deutschen Gegenanschläge.

Nach dem Beginn der eigentlichen Entschädigungs-Verhandlungen in London hält es der französische Ministerpräsident für geboten, den Ton anzugeben, den er auf der Konferenz anschlagen will. In einer Presse-Interpretation für das Reutersche Bureau verkündet er, daß die französische Delegation sei nach London gekommen, um Deutschlands Gegenanschläge anzuhören. Frankreich habe in dem in Paris erzielten Abkommen jedes Opfer gebracht, das möglich war. Frankreich komme nicht mit einer voreingekommenen Ansicht und sei bereit, alles anzunehmen, was die Lage verbessern würde. Wenn Deutschland jedoch nur über sein eigenes Elend jammern (!) will, dann werden wir ihm, so erklärte Briand, auch zeigen, was unser Elend ist. Wenn Deutschland nichts in seiner Mäße hat, dann soll es sie öffnen, damit wir selbst nachsehen können. Will Deutschland dies nicht tun, dann müssen wir eben

Die Wärfen mit Gewalt öffnen.

An dem Tage, an dem anerkannt wird, daß jede Nation angreifen oder rauben kann und dann, um der Strafe zu entgehen, nur zu erklären braucht, es sei ihr leid, aber sie könne nicht zahlen, an dem Tage gibt es keine Gerechtigkeit mehr in der Welt. Dann bleibt nur noch ein Recht übrig, das der Stärke.

Ganz in den Rahmen dieser Ausführungen paßt auch die Havasmeldung, daß die Londoner Konferenz auf Anregung Briands beschlossen habe, den Marshall Hoop anzuhören. Havas glaubt, diese Aufforderung sei dem Wunsch der Alliierten zuzuschreiben, in dem Augenblick, in dem die Besprechungen mit Deutschland über die Reparationen stattfinden sollen, für jede Möglichkeit gerüstet zu sein.

Die alte Laktid der Alliierten Vor jeder Konferenz läßt man den Marshall Hoop als Schreckgespenst erscheinen, um die Deutschen unter Androhung von Gewalt zur Anerkennung der Ententesforderungen zu zwingen. Die deutsche Delegation wird sich aber diesmal durch solche Schreckmittel nicht einschüchtern lassen. Weiß man doch auf deutscher Seite ganz genau, daß auch bei der Entente der Wille und Wunsch nach Verhandlungen vorhanden ist. Lloyd George selbst soll ja nach einer „Temps“-Meldung aus London erklärt haben, die Verhandlungen über die Reparationen würden jedenfalls 14 Tage dauern, weil er wolle, daß sie diesmal zu Ende geführt würden. Damit sind andere Aussichten aber keineswegs besser geworden. Man will uns anhören, so versichert Briand. Dabei wird es aber voraussetzlich auch bleiben, denn an eine Verabminderung der Pariser Besatzungsarmee denken die Alliierten garnicht. Nur der „Zahlungsmodus“, wie die Pariser Presse sich ausdrückt, kann vielleicht eine Abänderung erfahren.

Trotz dieser trüben Aussichten werden unsere Vertreter zweifellos nichts unversucht lassen, um die Ge-

ner von der Unersättlichkeit ihrer Forderungen zu überzeugen. An Hand weitgehender Gegenanschläge werden sie den Beweis dafür bringen, daß Deutschland bei der Wiederherstellung bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen gewillt ist. Alle Forderungen, die darüber hinausgehen, müssen an ihrer Undurchführbarkeit scheitern und können deshalb vom deutschen Volke niemals anerkannt werden.

Marshall Hoop auf der Szene.

Petit Parisien meldet: Die Marshall Hoop und Wilson wurden dringend nach dem Schloß Chequers berufen, wo Lloyd George den Sonnabend abend und den Sonntag verleben wird und wohin auch gleichzeitig die Herren Briand und Warthou eingeladen worden sind. Marshall Hoop wird von General Wegand begleitet sein. Die Berufung der beiden Marshall Hoop ist also darauf hin, daß die Besprechungen sich mit den Sanktionen befassen werden. Gewisse englische Kreise meinen, daß man doch lieber zu wirtschaftlichen Maßnahmen greifen sollte, als zu militärischen und daß man in diesem Sinne Vorschläge machen möchte. Wir glauben zu wissen, fährt das Blatt fort, daß, wenn dem so wäre, diese Vorschläge von seiten Frankreichs keine Aussicht auf Annahme hätten. Der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ will erfahren haben, daß man an militärische Maßnahmen längs der Mainlinie denke. Man werde Frankfurt a. M. und Wahrenth besetzen um eine Verbindung mit der Tschechoslowakei herzustellen und die Verbindung Bayerns mit Preußen zu trennen. Auch die Nordseehäfen Deutschlands würden besetzt werden.

Die Zuständigkeit für die Londoner Beschlüsse.

In der Deffenlichkeit ist die Frage aufgeworfen worden, welche Vollmacht die deutsche Delegation für die Londoner Verhandlungen besitzt. Aus der Tatsache, daß vom Reichskabinett nur der Außenminister Dr. Simons in der Delegation vertreten ist, ergibt sich naturgemäß die Notwendigkeit, daß über die Londoner Beschlüsse letzten Endes nur das Reichskabinett in seiner Gesamtheit in Berlin zu entscheiden hat. Es ist dies eine Folgerung aus den Verhandlungen von Spa, wo Minister des Reichskabinetts teilweise am Verhandlungsort, teilweise in Berlin waren und eine Einheitslichkeit der Beschlüsse infolge der mangelhaften Verständigungsmöglichkeiten erschwert wurde.

Die deutschen Gegenanschläge.

Nach an die Grenze der Leistungsfähigkeit.

Ueber das Ergebnis der Schlussberatungen der Sachverständigen wird amtlich gemeldet:

Die unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Simons abgehaltene Schlussberatung der Sachverständigen aus allen Gebieten des Berufsständischen Lebens kam zu dem einhelligen Ergebnis, daß die Annahme der Pariser Forderungen aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen unmöglich sei, und daß jeder Versuch, eine Lösung auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse zu finden, zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen müsse. Eine von den Sachverständigen gutgeheißene Denkschrift weist diese Unmöglichkeit in einzelnen nach.

Die Sachverständigen erklärten sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung, in den zu machenden festen Gegenanschlägen bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit zu gehen, einstimmig einverstanden.

Das Reichskabinett hielt Freitag nachmittag eine dreistündige Sitzung ab, um zu den deutschen Gegenanschlägen Stellung zu nehmen. Der Sitzung wohnten nur die Mitglieder des Kabinetts in Anwesenheit des Reichspräsidenten bei. Ueber die Sitzung wird amtlich nur mitgeteilt, daß über die deutschen Vorschläge für die Londoner Konferenz Beschluß gefaßt wurde.

Am Sonnabend wurden die Führer der Reichstagsfraktionen und die Mitglieder des Reichsrates mit den Beschlüssen bekannt gemacht.

Minister Simons ist am Sonntag mit der Delegation, die sich, wie bereits gemeldet, in der Hauptsache aus Staatssekretären und Ministerialdirektoren der beteiligten Ministerien zusammensetzt, nach London abgereist. Die Sachverständigen bleiben in Berlin zurück, um auf Aufforderung von Dr. Simons sofort nach London nachzukommen.

Ein Trendbekenntnis der Rheinländer.

Die Kölner Stadtverordnetenversammlung erklärte in einer einstimmig angenommenen Entschädigung, daß auch die Anwendung der Pariser Zwangsmassnahmen die Rheinländer in ihrer Treue zum deutschen Volke nicht wanken lassen wird, und daß die schweren wirtschaftlichen Schäden für das Rheinland wie auch für die Reichsregierung zurückzutreten haben hinter die Gesamtinteressen des deutschen Volkes.

Gegen die Verflämung des deutschen Volkes.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat durch sein Amsterdamer Bureau an Lloyd George ein Telegramm gesandt, in dem es u. a. heißt:

„Die organisierten Arbeiter erachten eine Schadenergütung durch Deutschland für notwendig und gerechtfertigt; sie protestieren jedoch gegen Forderungen, die die Arbeiter Mitteleuropas eine volle Generation hindurch in Sklaverei fällen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindern, den Haß zwischen den Völkern verschärfen und die Kultur vernichten würden.“

Im Anschluß daran fordert das Bureau von der Alliiertenkonferenz die Feststellung einer gerechten Schadenergütung.

Der Beschluß der Orientkonferenz.

Wie die Alliierten den Frieden im Osten herzustellen wollen.

Wie vorauszusehen war, haben die Alliierten in London keine endgültige Lösung des Orientproblems

gefunden. Man will zunächst eine alliierte Kommission nach Osttrazien und Smyrna senden, die dort hauptsächlich in denjenigen Gebieten, die durch den Vertrag von Sevres Griechenland zugesprochen sind, die Nationalitätenverhältnisse genau untersuchen soll. Diese Konferenzentscheidung ist an die Bedingung geknüpft, daß die Türkei und Griechenland den Schiedsspruch dieser Kommission anerkennen. Ferner sollen sie ohne Vorbehalt die übrigen Bedingungen des Friedensvertrages von Sevres annehmen, die unverändert bleiben. Außerdem werden folgende Zusatzbedingungen gestellt: 1. Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten; 2. Austausch der Kriegsgefangenen; 3. Bürgschaften für den Schutz der Minderheiten in den griechischen und türkischen Gebieten.

Die Türken haben sich bereits mit der Einsetzung einer Untersuchungskommission und der Übertragung der Entscheidung an eine internationale Konferenz einverstanden erklärt. Dagegen ist kaum zu erwarten, daß sie auch die übrigen Bedingungen des Friedensvertrages ohne weiteres annehmen werden. Der Vertreter der türkischen Regierung in Angora hat vor der Entscheidung der Konferenz weitgehende territoriale und wirtschaftliche Forderungen gestellt.

Was den ersten Punkt anbelangt, so verlangte er für die europäische Türkei die Grenzen von 1913. In Kleinasien sollen nur die Gebiete freigegeben werden, die von einer arabischen Mehrheit bewohnt werden. Die Griechen müßten das Gebiet von Smyrna räumen, das an die Türkei zurückfällt. Ferner fordern die Türken Schiffahrtsfreiheit in den Meerengen, ohne die Sicherheit von Konstantinopel in Gefahr zu bringen, unter Anerkennung der türkischen Oberhoheit bei gleichzeitiger Schließung der Befestigungen der Meerengen; genügende See- und Landstreitkräfte zur Verteidigung der Küsten und Grenzen sowie zur Wahrung der Ordnung im Innern; Umgestaltung der Gendarmerte unter Mithilfe ausländischer Offiziere, Zurückziehung der fremden Truppen aus Konstantinopel und aus der Türkei nach der Ratifizierung des Vertrages.

Was die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen anbetrifft, so verlangen die Türken vollständige wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit und Abschaffung der gegenfeitigen Schäden und Entschädigungen. Alle diese Forderungen laufen aber auf eine Aenderung des Friedensvertrages von Sevres hinaus, die von den Alliierten, und besonders von Lloyd George, ausdrücklich abgelehnt wird.

Ebenso wenig wie die Türken sind auch die Griechen von der Entscheidung der Londoner Orientkonferenz befreit. Der griechische Ministerpräsident erklärte, er müsse aber die Konferenzvorschläge erst seinen Ministerkollegen in Athen berichten, die zu drei verschiedenen Parteien gehörten. Er werde die Stellungnahme der griechischen Regierung mitteilen, sobald er aus Athen eine Antwort erhalten habe. Es ist jedoch kaum mit der Zustimmung der griechischen Regierung zu rechnen. In Thrazien ist der türkische Bevölkerungsteil zwei Drittel in der überwiegenden Mehrheit, und auch die Smyrna-Enklave weist der Bevölkerungszahl nach kaum eine griechische Mehrheit auf. Die Kommission müßte also zweifellos zu einer für die Griechen nachteiligen Entscheidung kommen. Das griechische Volk jedoch betrachtet diese Gebiete als wohlverdiente Siegesbeute und wird sie niemals gutwillig räumen.

Wo bleibt da die erhoffte Lösung des Orientproblems? Man geht einer klaren Entscheidung gewisslich aus dem Wege und überläßt es einer Kommission, die Interessengegenstände der großen Staaten auf Kosten der kleinen Völker auszugleichen und den Frieden im nahen Osten wiederherzustellen. Zu einem solchen Entschluß hätte es fürwahr einer Orientkonferenz in London nicht bedurft.

Zur Entscheidung.

Zuversichtliche Stimmung im Abstimmungsgebiet.

In Oberschlesien erweckt es allgemeine Genugtuung, daß keine getrennten Termine für die Stimmentabgabe gefordert sind, unsere energischen Proteste also Erfolg gehabt haben. Auf polnischer Seite wird natürlich ein Jubelgeschrei erhoben, hatte man doch gerade noch in den letzten Tagen gegen das Stimmentrecht der Oberschlesier Sturm gelaufen und zum mindesten eine geteilte Abstimmung mit Sicherheit vorausgesagt. Sie sollte am 3. April stattfinden. Nun ist der schon Traum zerronnen. Es werden auch andere zerrinnen.

Die Zuerst auf einen durchschlagenden Sieg wird mit jedem Tage in deutschen Kreisen härter. Wenn jedermann, auch der Reichs- und Auslandsoberschlesier, seine Pflicht tut, kann mit Sicherheit auf 65 Prozent deutscher Stimmen gerechnet werden. Das empfindet man auf polnischer Seite ganz genau und greift zu immer krampfhafteren Mitteln, die keine wirkende Kraft mehr besitzen. Ueber ihre Behirrenverrichtungen, die Bernunftgründe vorläufigen sollen, laßt auch der Raibste. Bleibt nur die Drohung, Einschüchterung, Gewalt und der scheinbar unergründliche polnisch-französische Geldbeutel Korfanths, der geradezu phantastische Ausmaße angenommen hat. Merkwürdig und jedenfalls sehr unvorsichtig ist es, daß der Pass auch stark mit deutschen Banken gearbeitet hat. Es muß dort wohl sicherer sein. Solch ein kleiner Wollionensches ist ein Kinderpiel. Und zum Stichwort Gewalt sprengt die blinde Wut jetzt Gerüchte aus, vor deren Bösartigkeit man beinahe Kopf stehen muß. Zum mindesten soll einige Tage vor der Abstimmung ein Generallstreik der Hütten und Gruben ausbrechen. Auch diese Mäßen ziehen nicht mehr. Vor Überraschungen wird man natürlich auf der Hut sein müssen. Daß der Pole vor nicht zurückredet, hat er bewiesen. Aber wir sind auch nicht mehr so unvorsichtig wie im letzten August. Einen Dampfer wird es den Polen aufpassen, daß englische Truppen in Oberschlesien ein treffen sollen. Bewahrheitet es sich, so wird es sich zeigen, daß der Pole von jeder guten Verständnis für eine feste Hand befreit.

Erfreulich für das Deutschtum ist es, daß die Nähe der Entscheidung eine klärende Wirkung der Verhandlungen herbeiführt. Man tritt aus der Reserve heraus und bekennet Farbe. So hat die öffentliche Meinung der Grafen Pilsudski, daß er die „undeutsche, lan-

„Besteuerliche Haltung“ seines Generaldirektors auf
scharfe Verurteilung und Maßnahmen getroffen habe, daß
die Verwaltung seines Besitzes sich voll für das Deutsch-
tum einsetze, lebhaftes Bemühen in weiten Kreisen
herbeizuführen. Gerade von dieser Persönlichkeit hat
man es nicht anders erwartet. Bivant sequentes! Dann
wird manche schwanke Gestalt den Mantel selber
an die Schultern ziehen und den Kopf würdiger tragen.

Die neue Wehrmacht.

Wichtige Abschaffung der Wehrpflicht.

Die Abschaffung der Wehrpflicht, die schon in der
Reichsverfassung festgelegt ist, muß bekanntlich auf
ausdrücklichen Wunsch der Pariser Alliertenkonferenz
in das neue Wehrgesetz aufgenommen werden. Außer-
dem soll die Abschaffung der Wehrpflicht in den Vä-
tern besonders erwähnt werden. Der Reichstagsaus-
schuß zur Beratung des Wehrgesetzes hat jetzt diesem
Verlangen durch folgende Fassung des grundlegenden
Paragrafen Genüge getan:

Die Wehrmacht der deutschen Republik
ist die Reichswehr. Sie wird gebildet aus dem Reichs-
heer und der Reichsmarine, die aus freiwilligen Sol-
daten und nicht im Wasserdienst tätigen Militärbeam-
ten bestehen und ergänzt werden. Zu den Soldaten
gehören die Offiziere aller Gattungen, die Deckoffi-
ziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Alle Angehör-
igen der Wehrmacht müssen die deutsche Staatsange-
hörigkeit besitzen. Die allgemeine Wehrpflicht ist
in Reichs- und in den Ländern ist abgeschafft.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages
wurde in Par. 2 des Gesetzes die Zahl der Soldaten
und der Militär-Beamten des Reichsheeres auf höch-
stens 100 000 festgesetzt. In dieser Zahl sind ein-
geschlossen viertausend Offiziere und in Offiziersrang
stehende Militärbeamte. Hierzu treten dreihundert Sa-
nitäts- und zweihundert Veterinär-Offiziere. In die-
ser Zahl sind auch eingerechnet die Soldaten und Mil-
itärbeamten der Behörden, der Schulen und der son-
stigen Einrichtungen des Reichsheeres.

Im Reichsheer werden aufgestellt: 21 Infan-
terregimenter zu je 3 Bataillonen und je einer Mi-
nenwerfer-Kompagnie; 21 Ausbildungsbataillone, 18
Reiterregimenter zu je 4 Schwadronen, 13 Ausbil-
dungsschwadronen; 7 Artillerieregimenter, 3 selbstän-
dige Artillerieabteilungen und je 7 Ausbildungsbat-
terien, Pionierbataillone, Nachrichtenabteilungen, Kraft-
fahrabteilungen, Fahrabteilungen und Sanitätsab-
teilungen.

Die Höchstzahl der Soldaten und Militärbeamten
in der Reichsmarine beträgt 15 000, darunter 1500
Marine- und Deckoffiziere.

Ein Antrag, wonach das zuständige Wehrkom-
mando für den Fall des Eingreifens der Wehrmacht
bei inneren Unruhen die nötigen Anordnungen treffen
soll, wurde angenommen, nachdem sich auch die Regie-
rung für ihn erklärt hatte. Die übrigen Paragrafen
wurden unverändert angenommen.

Mit der Annahme dieses Gesetzes im Reichstag
dürften auch die letzten Bedenken der Entente-Mächte
gerichtet sein. Wir haben uns, wie Minister Simons
vor kurzem erklärte, militärisch bis aufs Hemd aus-
gezogen. Wenn die Entente-Mächte trotz alledem
heute immer noch von Angriffsbahnen des deutschen
Volkes sprechen, dann ist das schon mehr als lächerlich.

Politische Rundschau.

— Berlin, 28. Februar 1921.

— Das Reichskabinett hat die Einsetzung einer gemischten
Kommission zur Vereinfachung und Bereinfachung der
Reichsverwaltung beschlossen.

— Demnächst werden Mitglieder der Entente-Kontrollkom-
missionen eine Reihe von Städten in der neutralen Zone be-
suchen, um die Vernichtung der Stummrollen in den ehe-
maligen Bezirkskommandos nachzuprüfen.

— Reichstagsabgeordneter Puschmann (Str.) auf Glad-
stons Mandat niedergelegt, um sich wieder holl und ganz
seinem Beruf als Arbeitnachsichtverwalter zu widmen.

— **Ablehnung eines deutschen Ersuchens.** Die
deutsche Regierung hatte in Paris um Übermittlung
des Berichtes gebeten, den die alliierten Sachverständi-
gen im Anschluß an die Brüsseler Konferenz über
die deutsche Wirtschafts- und Finanzlage verfaßt hatten.
Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in
Paris, Herr v. Mutius, hat jetzt mitgeteilt, daß die
Wirtschaftskonferenz es abgelehnt hat, dieser Bitte zu
entsprechen. Die Ablehnung wird damit begründet,
daß der Bericht in einigen Teilen einen vertraulichen
Charakter habe.

— **Deutschnationale und Regierungsbildung.** Ende
vergangener Woche traten im Reichstag der Hauptvor-
sitzende der Reichstagsfraktionen und die neue Landtags-
fraktion der Deutschnationalen Volkspartei zu einer
gemeinsamen Sitzung zusammen, in der die politische
Lage eingehend besprochen wurde. Es ergab sich volle
Einstimmigkeit über die weiter zu ergreifenden Maß-
nahmen. Von der Deutschen Volkspartei lag die An-
regung vor, die Verhandlungen über die neue Kabi-
nettsbildung mit Rücksicht auf London zu vertagen,
da alles vermieden werden müsse, was nach außen
einen krisenhaften Eindruck hervorrufen könne. Von
den Vertretungsorganen der Deutschnationalen Volk-
spartei wurde einstimmig eine an die Deutsche Volk-
spartei zu richtende Antwort beschlossen, in der die
Deutschnationale Volkspartei den als baldigen Ein-
tritt in die in Aussicht genommenen Besprechungen
vorschlägt, weil sie die in der bevorstehenden Lon-
doner Konferenz liegende Gefahr für eine so unmittel-
bar drohende ansieht, daß die zu treffenden Vor-
kehrungen nicht länger aufgeschoben werden können.
Der Grund zu dieser Stellungnahme der Deutschnatio-
nalen ist, wie der „Berl. Volksanz.“ dazu aus parla-
mentarischen Kreisen hört, in der Überlegung zu su-
chen, daß die sachlichen Voraussetzungen für die an-
gestrebte nationale Einheitsfront unbedingt geschaffen
sein müssen, ehe eine Lage eintritt, die die schleunige
Errichtung eines Einheitskabinetts bedingen könnte.

— **Verlängerung der Kohlensteuer auf 6 Monate.**
Das am 31. März 1921 abgelaufene Kohlensteuergesetz
soll bis zum 30. September weiter in Geltung blei-

ben. Nachdem der Reichstag im Sommer v. J. angeregt
hatte, die Kohle nach dem Heiz- und Gebrauchswerte
an Stelle der bisherigen Bestimmung nach dem Ver-
kaufspreis zu besteuern, war der Reichslohnrat um
ein Gutachten in dieser Frage angegangen worden.
Dieses Gutachten lautet dahin, daß die Neuregelung der
Kohlensteuer in engstem Zusammenhange mit der zu-
künftigen Gestaltung der Kohlenwirtschaft stehe, wo-
bei insbesondere auch die Lösung des in der Vorbera-
tung befindlichen Sozialisierungsproblems in Betracht
kommen müßte. So lange über die grundlegenden Fra-
gen eine Klärung noch nicht erfolgt sei, erscheine es
unzweckmäßig, die Kohlensteuer abzuändern. Dieser
Auffassung ist die Reichsregierung beigetreten, sie be-
trägt daher, die Kohlensteuer, auf deren finanzielle
Erträge die Reichskasse infolge ihrer äußerst bedräng-
ten Lage schlechterdings nicht verzichten könne, zu-
nächst auf sechs Monate zu verlängern.

— **Erzberger's Steuerangelegenheit.** Der Abgeord-
nete Erzberger, gegen den bekanntlich die Staatsan-
waltschaft beim Reichstag einen Antrag auf Genehmi-
gung zur Einleitung eines Verfahrens wegen Steuer-
hinterziehung gerichtet hat, hat in einem Schreiben
an den Reichstag und den Geschäftsordnungsausschuß
auf das dringendste ersucht, diesem Antrag alsbald
stattzugeben. Der Abgeordnete führt alsdann in dem
Schreiben lebhaftest Klage über die Verschleppung der
Angelegenheit, die er „einen ganz unerhörten politi-
schen Skandal“ gegen seine Person bezeichnet. Nach-
dem er am 26. Februar die Fragen des zuständigen
Finanzamtes und am 1. März v. J. Ergänzungs-
fragen beantwortet hatte, habe die preussische Staats-
regierung sich erst am 30. Dezember 1920 dazu ent-
schlossen, die Sache dem Gericht zu übergeben. Ueber
diese Art der Behandlung seiner Steuerangelegenheit
belaßt sich der Abgeordnete um so mehr, als nach
seinen Angaben das zuständige Finanzamt Charlot-
tenburg nach wiederholt schärfster Nachprüfung aller
Akten zu dem Bescheid gekommen wäre, daß keine
Steuerhinterziehung vorliege und keine Nachsteuer zu
entrichten sei, ein Bescheid, dem sich der Präsident des
Landesfinanzamtes angeschlossen hätte.

— **Die Provinziallandtage in Schlesien und Han-
nover.** Nach den bisherigen Bestimmungen wird sich
der niederschlesische Provinziallandtag zusam-
mensetzen aus 24 Deutschnationalen, 10 Deutsche Volks-
partei, 8 Demokraten, 17 Zentrum, 2 Mittelstands-
partei, 49 Sozialdemokraten, 1 Unabhängiger und 3
Kommunisten. — In der Provinz Hannover sind
gewählt: 4 Deutschnationale, 9 Deutsche Volkspartei,
17 Zentrum und Deutschhannoveraner, 3 Demokraten,
17 Sozialdemokraten, 1 Unabhängiger, 2 Kommunisten
und 3 Fraktionslose.

Rundschau im Auslande.

— Nach einer Meldung aus Kaschau haben die tschechischen
Behörden dort das Tragen der sogenannten Kossuthbüche ver-
boten.

— Die „Daily Mail“ behauptet, eine vollkommene Rebi-
kon des englisch-japanischen Bündnisses werde demnächst er-
folgen.

— **Polen: Polnischer Protest wegen Oberschlesiens.**

— Der Londoner Beschluß über die gleichzeitige Abstim-
mung der anfallsigen und der ausgewanderten Oberschlesier
hat in ganz Polen stürmische Entrüstung ausgedehnt. Die pol-
nische Presse verlangt den Rücktritt des Außenministers Jürst
Capiela, der es nicht verstanden hat, in London die gleich-
zeitige Abstimmung zu verhindern. Ganz offen wird mit der
Selbsthilfe der obererschlesischen Polen gedroht. Im polnischen
Reichstag erklärte ein Redner der Nationaldemokraten unter
dem Beifall des Hauses, daß Polen im Falle eines ungünstigen
Ergebnisses der Abstimmung für sein Recht kämpfen
werde. — Das Zutreten der Polen ist der beste Beweis da-
für, daß man in Polen einen Erfolg bei der obererschlesischen
Abstimmung nur dann zu erzielen hofft, wenn entgegen den
Bestimmungen des Friedensvertrages die Beteiligung der
Reichsobererschlesier verhindert worden wäre. Selbstverständ-
lich protestiert auch Korfanty wütend gegen die ge-
meinsame Abstimmung. In einem Aufruf an seine Landsleute
führt er zum ersten Male eine außerordentlich scharfe Sprache
gegen die Alliierten und erklärt, es gebe keine Macht der Welt,
die es ungestraft wagen könnte, den Willen Polens nicht zu
respektieren.

— **Serbien: Jugoslawisch-italienischer Zwischenfall.**

— Jugoslawische Truppen haben unter dem Jubel der Be-
völkerung die Insel Vago, die den Italienern zugesprochen
wurde, besetzt. Die Insel Vago liegt etwa gegenüber Zara
vor der balmatischen Küste.

Aus Stadt und Land.

— **Fierlicher Empfang des Römischer Kardinal.** Erz-
bischof Dr. Schulte, der sich in diesen Tagen zur Ent-
gegennahme der Kardinalwürde nach Rom begibt, wird
vorausichtlich am Karfreitag, den 28. März, von Rom
zurückkehren. Borgelesen ist die feierliche Abholung
zu Schiff an der Grenze der Erzdiözese in Königs-
winter. Am Osterfest wird der Kardinal das feier-
liche Pontifikat am Dom abhalten. Am Osterdien-
stag wird eine große Festversammlung in der Bürger-
Gesellschaft stattfinden, in der der Kardinal erscheinen
wird.

— **Stilllegung der Vulkanwerke.** Freitag nachmit-
tag sind die Vulkanwerke in Stettin geschlossen wor-
den; die ganze Arbeiterschaft wurde ausgesperrt. Der
Grund zu dieser Maßnahme ist darin zu suchen, daß
ein Teil der Schiffsbauer seit einigen Tagen passive
Resistenz ausübte und die Arbeitswilligen durch Ge-
walt an der Arbeit verhinderte. Es kam wiederholt
zu Tätlichkeiten. Auch Betriebsratsmitglieder wurden
angegriffen. Die Werkstätte hat sich deshalb gezwungen
gesehen, bis zur Wiederkehr geordneter Verhältnisse
die Werke zu schließen. Die Aussperrten sind so-
fort entlassen worden.

— **75 000 Mark Lohngelehrer geraubt.** Ein Ange-
hender der Aktiengesellschaft Tabakfabrik Rinn u. Clopp
in Neuchâtel (Obersachsen) wurde bei Waldgärtnerei
überfallen. Die Räuber entwendeten ihm 75 000 M.
Lohngelehrer.

— **Die Treddener Getreidebeschlagnahme.** Der be-
kannnte Dresdener Sozialrat Rosenthal, der wegen
Beschlagnahme von Getreide durch die Dresdener Staatsanwalts-
schaft verhaftet wird, und sich seit mehreren Wochen im

Sanatorium Carow bei Berlin aufhält, ist im Kran-
kenautomobil nach Dresden in das Untersuchungsge-
fängnis gebracht worden.

— **Leichenraub in Kleppelsdorf.** Der Doppelmord
auf Schloß Kleppelsdorf in Böhmen im Riesengebirge
hat ein zweites unheimliches Verbrechen im Gefolge
gehabt. Das Grab der ermordeten Gutbesitzerin Do-
rothea Rohrbach ist auf schändliche Weise geöffnet und
die Leiche beraubt worden. Die Täter hatten, da sie
den Deckel des schweren Sarges nicht öffnen konnten,
ein Loch in den Deckel gestemmt. Dann hatten sie den
Toten das weisseidene Kleid, in dem sie beerdigt war,
und die Schuhe ausgezogen, ferner trennten sie von
dem Unterrock die wertvollen Spitzen ab. Die Täter
waren auch an andere Gräber herangegangen und
hatten dort die Särge geöffnet, aber nichts gestohlen.
Bis jetzt ist man den Grabschändern noch nicht auf die
Spur gekommen.

— **Von der Tochter erschlagen.** Die 25-jährige
Tochter des Klempnermeisters Schnepf in Pfullendorf
bei Weimar erschlug, der „Voss. Stg.“ zufolge, ihren
Vater mit einem Messer, während er im Bett lag. Sie
verübte die Tat, um in den Besitz der Wittenschaft zu
kommen und heiraten zu können.

— **Millionenschäden durch Viehsuchen in Bayern.**
Nach einer Mitteilung der bayerischen Regierung im
Landtag hat die Maul- und Klauenseuche in Bayern
einen Schaden von 174 Millionen Mark angerichtet.
Es sind über 7200 Tiere gefallen und 45 000 Rostschla-
gungen vorgenommen worden.

— **Der ehemalige mecklenburgische Staatsminister Graf von
Haffewitz-Wechow,** dessen Tochter bekanntlich mit dem Prinzen
Oskar von Preußen vermählt ist, ist einem Schlaganfall er-
legen.

— **Erzherzog Ferdinand von Bulgarien,** der sich
nach seiner Abbanung fernab vom politischen Weltgetriebe
in der jetzt oberkräftigen Stadt Jodenz niedergelassen hat,
hat am 26. Februar seinen 60. Geburtstag begangen.

Volkswirtschaftliches.

— **Kurzer Wochenbericht der Preisberichtsstelle des
deutschen Landwirtschaftsrates.** Von Amerika liegen
starke Klagen über die Winter-Weizenarten vor, und
ganz so ist es auch in der Hauptsache um das Auf-
treten der „green bug“, einer großen Getreideplage,
die drüben nur selten beobachtet zu werden scheint,
handeln. Ähnlich wie bei uns ist auch in den Ver-
einigten Staaten und zwar besonders im Südwesten
der Winter außerordentlich milde verlaufen und des-
halb fürchtet man für eine Ausdehnung dieser Schäd-
linge. Argentinens Berichte melden nach wie vor gute
Qualitäten der reiflichen Zucht an Weizen, Hafer
und Mais und fortwährend ausgezeichnete Entwik-
lung der heranwachsenden Maisernte. Die Verschiffun-
gen von La Plata-Weizen haben sich gegenüber den
Vortage verdoppelt, indem diesmal 174 000 Quarter
nach Europa verschifft wurden gegen 88 000 in der
Vortage und 745 000 gleichzeitig 1920. Seit dem
1. Januar sind diesmal von drüben erst 428 000 Quar-
ters Weizen nach Europa verschifft gegen 5 895 000
zur selben Zeit 1920.

Letzte Nachrichten.

Die brüchige Allianz.

Basel, 28. Februar. „New York Herald“ berichtet, daß
Harding gegen eine weitere Beibehaltung deutschen Gebietes
durch französische oder englische Truppen im Falle des
Scheiterns der Londoner Konferenz ein Veto einlegen wird,
wodurch die bis jetzt vorhandene stillschweigende Solidarität
der Amerikaner mit den Alliierten in die Brüche gehen
würde.

Das Beträffen.

Bern. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus London,
daß die englische Admiralität mit Rücksicht auf das neue
Flottenprogramm Japans und Amerikas für 1921 16 Neu-
bauten der Flotte den Werften übertragen hatte, das sei
doppelt soviel als 1920.

London, 26. Februar. Nach einer Neutermeldung aus
Washington hat Harding den Führern der Parliamen-
tarier im Senat mitgeteilt, er wünsche, daß für die Kriegs-
marine ausreichende Mittel genehmigt würden, und daß das
gegenwärtige Schiffsbauprogramm ohne namhafte Verab-
sagungen durchgeführt werde.

SACHSISCH.

Bannwitz. Auf der Schledenhalle des Marienschützen-
standes Kinder Gewehrpatronen und sogar eine Hand-
granate. Sie schleppten die gefährlichen Dinge mit zu
Cannenberg-Schule. Wird ernstliches Unglück konnte da
wieder angerichtet werden.

Dresden. Die Disziplinarkammer in Dresden hatte be-
kanntlich den Antrag auf Dienstentlassung des Bürgermeisters
von Glesch, Bintl, der sich wegen des Herausragens
einer schwarz-weiß roten Fahne nach dem Rapp-Putsch und
wegen anderer Punkte zu verantworten hatte, abgelehnt.
Die Kammer stellte aber fest, daß er sich in den Fällen
Dienstvergehen zuzuschreiben kommen ließ. Das Ministerium
des Innern hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

— Nach einer Verordnung der tschechoslowakischen Re-
gierung vom 3. v. M. ist die Einfuhr von österreichisch-
ungarischen 1, 2, 10 und 20 Heller Münzen in das Gebiet
der tschechoslowakischen Republik verboten. Reisende dürfen
dieses Kleingeld nur bis zum Höchstbetrage von 2 Kronen
bei sich führen. Zuwiderhandelnde werden mit einer Geld-
strafe bis zu 20 000 Kronen oder mit Arrest bis zu drei
Monaten bestraft. Die 20-Heller-Geldstücke aus dem Jahre
1920 sind im Gebiete der tschechoslowakischen Republik kein
rechtsgültiges Zahlungsmittel. Zur Vermeidung der Be-
schlagnahme von Geldbeträgen auf den Grenzstellen und
anschließenden Weiterungen wird hierauf besonders hinge-
wiesen.

Ratib. Die neue Straße ist seit einiger Zeit in Angriff
genommen worden. Unterhalb der ersten Häuser in Rätib-
nitz ist an der Südseite der Chaussee schon ein Stück fort-
wärts der neue Straßenbelag sichtbar. Dort finden

umfängliche Bodenbewegungen statt. Von dort aus fährt die neue Straße in leichtem Bogen abwärts, um dann das Tal zu überqueren. Hohe Dammschüttungen sind dort nötig, ebenso die Anlage eines Abflusses an der Straße nach Boderitz. Dann nimmt die Straße ihre Richtung nach dem Raitzer Rain, fährt in halber Höhe darüber hinweg und schließt gegenüber der Einmündung des von Kleinpöschitz herabkommenden Weges an die alte Staatsstraße wieder an. Mit Eintritt besseren Bauwetters dürfte der Vollbetrieb am Straßenbau aufgenommen werden.

Freiberg. Die Bergakademie Freiberg zählte im Wintersemester 1920/21 insgesamt 401 eingeschriebene Studierende (also etwa soviel wie in den letzten Jahren vor dem Kriege), und zwar 363 Deutsche und 38 Ausländer. Die letzteren setzten sich wie folgt zusammen: 8 aus Österreich-Ungarn, 5 Tschechen, 4 Griechen, 4 Ukrainer, 3 Rumänen, 3 Georgier, 3 Bulgaren, 2 Russen und je 1 aus Ungarn, Norwegen, Estland, Lettland, der Schweiz und der Tschechoslowakei.

Bad Gottleuba. Einer der ersten Soldaten, die 1914 von hier eingezogen wurden, war Artur Kischel, Sohn des Fabrikarbeiters Kischel. Er geriet gleich zu Anfang des Weltkrieges in russische Gefangenschaft, aus der er als letzter glücklich wieder zurückgekehrt ist. Er war 6 Jahre und 4 Monate in Samarkand in Turkestan.

Ottendorf-Okrilla. Der Gemeinderat beschloß eine Gewerbesteuer. Sie setzt ein bei einem Einkommen von 25000—35000 M. mit 1 Prozent und steigt bei je 10000 Mark Mehreinkommen um je 1/2 Prozent. Außerdem sind zu zahlen nach den beschäftigten Personen: bis 10 Personen 3 M., bis 100 Personen 4 M., über 100 Personen 5 M. pro Person.

Augustsburg. Entflohen ist aus dem hiesigen Amtsgericht ein junger Mensch aus Sibida, einer der Einbrecher in der „Stiermühle“, der seinen Richter vorgeladert werden sollte. Obwohl sofort alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, den Entwichenen wieder zu erlangen, ist dies nicht gelungen.

Waldenburg. Die fürstlich Schönburgische Verwaltung hat den Gemeinden Waldenburg, Altstadt Waldenburg und Altwaldenburg Kartoffelfeld für Winterbemittelte zur Verfügung gestellt, das von den Gemeinden an die Beteiligten vergeben wird.

Sachsen-Ernstthal. Während und nach dem Kriege sind hier infolge schlechten Geschäftsganges eine Anzahl Gewerbetreibenden geschlossen worden. Dieser Tage wurde das weithin bekannte Ritters Gasthaus geschlossen. Es wurde von der Bank für Handel und Industrie angekauft, welche jetzt ihre Geschäftsräume einbauen läßt.

Löbau. Das Jubiläum ihres 700jährigen Bestehens in diesem Jahre will die Stadt durch eine Feier im Juli feierlich begehen, zu welcher u. a. die Oberlausitzer Landstände, das Bauhener Domkapitel, das am gleichen Tage sein Jubiläum feiert, die staatlichen Behörden usw. eingeladen werden sollen. Geplant sind: Festgottesdienst, Jubiläumsspenden für die Armen der Stadt, Errichtung eines Stadtrunnens, Herausgabe einer Festschrift, in welcher besonders die Geschichte der Stadt Löbau behandelt ist, usw. Die Sozialdemokraten sind gegen die Feier; sie sehen in der 700jährigen Geschichte der Stadt nur 700 Jahre Vorherrschaft der Besitzenden und Unterdrückung der Arbeiter.

Zittau. Ueber den Umfang der Hausarbeit in der Textilindustrie des Zittauer Bezirkes sind auf Veranlassung des sächsischen Wirtschaftsministeriums von der Zittauer Handelskammer Erhebungen angestellt worden. Diese haben folgendes Ergebnis gebracht: Hausweber sind beschäftigt in der Baumwollweberei 158 selbständige und 258 nichtselbständige mit 356 Webstühlen, in der Seinen- und Halbleinweberei 159 selbständige und 504 nichtselbständige mit 666 Webstühlen, in der Bandweberei 347 selbständige und 382 nichtselbständige mit 793 Webstühlen, in der Jute- und Leinwandweberei 10 selbständige und 63 nichtselbständige mit 72 Webstühlen und in der Rohhaanweberei 15 selbständige und 59 nichtselbständige mit 76 Webstühlen. Kleine Zahlen weisen die Halbweberei und Strumpfwirker auf. Die Gesamtzahl der Hausweber in der Zittauer Textilindustrie beträgt 1981, davon sind 638 selbständige und 1279 nichtselbständige.

Kaufen Sie



Dixin
von Henkel

bestes
Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf

Ein selten schöner
Schnittschiff,
12500 M.
an 7 Ztr., sowie eine schöne
Kuhle stehen preiswert zum
Verkauf.
Rob. Keller, Obercarsdorf.

gegen mündelichere Hypothek zu
leihen gesucht. Offerten unter
„W. R. 10“ dieses Blattes.

**Gelogenholts-
kauf!**
Ein fast neues
**Raumann-
Damenrad**
billigt bei
Hermann Voigt,
Dippoldswalde, Seiderplatz 21a.
Tel. 221.

Wortausfolgen druckt Jahre

Die Verlobung ihrer Kinder!
Meta und Johannes
beehren sich hierdurch anzukündigen!
(Ernst Wolf und Frau Anna
geb. Sänichen
Johann Wildner und Frau Hedwig
geb. Schlegel
Ruppendorf — Meja

Meta Wolf
Johannes Wildner
Verlobte
Ruppendorf
am 28. Februar 1921

Einheitsverband der
**Kriegsbeschädigten und
Hinterbliebenen**
Ortsgruppe Dippoldswalde.

Sonnabend den 5. März in der Reichstrone
**großes
Wohltätigkeits-
Konzert**

zum Besten der zu konfirmierenden Krieger-
waisen unserer Ortsgruppe,
geführt von der verstärkten Stadtkapelle.
Nach dem Konzert feiner Ball.

Lombola und verschiedene Uebersetzungen. Anfang 7 Uhr.
Programm im Vorverkauf 2,50 M., an der Kasse 2,99 M. Pro-
gramme sind im Vorverkauf zu haben bei Reichel, Schirmgeschäft,
Gast Taubert und Friseur Stephan. Besondere Einladungen
ergehen nicht. Im Interesse des guten Zweckes erwartet eine recht
zahlreiche Beteiligung der Gesamtortstand.

**Gasthof zum Erbgericht
Seifersdorf.**

Donnerstag, 3. März

**Karpfen-
schmaus**
verbunden mit feinem Ball.

Hierzu laden Geschäftsfreunde und Gönner freundlichst ein
Albin Geier und Frau.



**So
glänzt
Nigrin**



Alleiniger Hersteller: Carl Gentner, Göppingen (Würtbg.)

Kammerjäger!

Treffe zur Vernichtung von
**Matten, Mäusen sowie allem
anderen Ungeziefer**

Mittwoch den 2. März hier ein.
Jetzt beste
Gelegenheit zur **Wanzen-Vertilgung,**
damit nicht erst Brand austritt.
Bitte Adresse unter „R. 3.“ in der Geschäftsstelle niederzul.

Bestellungen auf die Zeitschrift für
„Obst und Gartenbau“
werden umgehend erbeten. Der Preis stellt sich einschließlich Zu-
stellung ins Haus für das ganze Jahr auf 7 Mark. Gleichzeitig
wird um Einlösung der Mitgliedsarten (1921: 5 M.) gebeten.
Bezirksobstbauverein Dippoldswalde.
Für den Vorstand: Hermann Sid, Rascherer.

Bruchleidende
Gürtelbruchband „Außerst bequem“

Tag und Nacht tragbares Spiegelbruchband ohne Feder mit Gummi-
gürt und hebender Pelotte. Durch zahlreiche Dankschreiben als her-
vorragend bequem und sicher wirkend anerkannt. Weltweitgehenden
Ansprüchen genügt. In eigener Werkstätte hergestellt vom
Harzer Sanitäts- und Bandagenhaus
Friedrich Rasche, Ballonstadt im Harz

Zur Annahme von Bestellungen ist mein Vertreter an-
wesend in Dippoldswalde, Bahnhof am Freitag den
4. März 1921 von 3—7 Uhr.

Ein
Kinderwagen
zu verkaufen Reichstädt Nr. 26

Als die uns am Stiftungsfest des hiesigen Landwirtschaft-
lichen Vereins zu teil gewordenen Ehrungen durch
Diplome und mündliche Anerkennung sagen wir dem hoch-
geachteten Vorstand des genannten Vereins sowie dem Herrn
Gutsbesitzer Wilhelm Voigt unseren herzlichsten Dank.
Ebenso herzlich danken wir unsern verehrten Dienstherren
für die uns überreichten wertvollen Geschenke. Auch dieses
soll uns eine Erinnerung zu weiterer Treue sein.

Reichstädt, am 24. Februar 1921.

Frieda Höffner bei Max Reichel Nr. 46.
Ella Höffner bei Max Reichel Nr. 46.
Ella Hagemann bei August Reichel
Hedwig Alemm bei Hermann Bernhardt
Frieda Hippmann bei Max Reichel Nr. 62.
Elisabeth Langheim bei Otto Heber.
Dora Weilmann bei Emil Weinhold.

**Gewerbeverein
Dippoldswalde**

Dienstag den 1. März abends 8 Uhr in der „Reichstrone“
Vortrag
des Herrn Bezirks-Schulrat Sturm-Dippoldswald
über:
Macht und Ohnmacht der Erziehung

Herr Bezirks-Schulrat Sturm, der als Redner sich eines außerordent-
lichen Rufes erfreut, greift mit diesem Vortrag ein Thema heraus,
das ihm als Schulmann wohl besonders nahe liegt, das aber in der
Zeitgenossen, wo auf eine gute Erziehung unserer Jugend soviel an-
kommt, der Behandlung recht sehr bedarf.

Eintrittsgeld wird von Mitgliedern und deren Ehefrauen nicht
erhoben. Weitere Angehörige der Mitglieder und Schüler der Frau-
und Fortbildungsschulen zahlen 50 Pf., Gäste 1 M. Eintrittskarten
steuer wird nicht erhoben werden. Zu recht zahlreichem Besuch
der Gesamtoortstand.
Feliz Jehne, Vor.

Lernt Stenografie!

Freitag den 4. März d. J. abends 7 Uhr beginnt in
alten Schule in Schmiedeberg, Zimmer Nr. 6, ein neuer
Anfängerkursus
zur Erlernung der
National- stenografie
für Damen und Herren.

Dauer des Kurses 10—12 Uebungsabende. Mißerfolg bei
Unterricht ausgeschlossen. Kursus wird durch geeignete Arbeit
geleitet. Fortbildung zum Berufsstenografen gewährleistet. Zei-
tschriften und umfangreiche Bibliothek stehen zur Verfügung. Re-
sultat werden von der Kursusleitung geleistet und sind in der
Anfragegebühr enthalten.

Voranmeldungen werden erbeten an Herrn Max Heinz
Schmiedeberg, Altenberger Str. 72, können aber auch am Unter-
richtsbeginn noch erfolgen.

Berein für National- stenografie
Schmiedeberg, Bez. Dresden.

Ich beabsichtige am 8. März eine
**Tanzstunde
für verheiratete
Herrschaften**



abzuhalten, in der die neuesten Tänze gelehrt werden.
Indem ich hierzu ergebenst einlade, bitte ich, Anmeldungen
Fr. Repler oder im Schäfershause
bewirken zu wollen.
Otto Wischner.

Achtung Landwirte!

Bringe **Donnerstag den 2. März** zum Viehmarkt
am Bahnhof Dippoldswalde
einen großen Posten gebrauchte und neue
**Kartoffel-, Kohlen-, Getreide- und
Mehlsäcke, Wagenplanen, Strohsäcke
Rucksäcke, Pferderegendecken**
zum Verkauf.

Arthur Behmann, Birna,
Bangelstraße 26.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 und zur Abgabe einer Kapitalertragsteuererklärung.

Auf Grund von § 39 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 359) und der Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen über die Abgabe der Steuerklärungen zur Veranlagung der Einkommensteuer vom 1. Februar 1921 wird folgendes angeordnet:

Steuerpflichtige, deren steuerbares Einkommen im Kalenderjahr 1920 oder in dem nach §§ 29, 58 Absatz 1 S. 1 des Einkommensteuergesetzes an Stelle dieses Kalenderjahres tretenden Wirtschaftsjahre (Betriebsjahre) den Betrag von 10 000 M. überstiegen hat, haben nach erfolgter öffentlicher Aufforderung eine Erklärung über ihr steuerbares Einkommen

eingureichen. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind unter der angegebenen Voraussetzung ohne weiteres verpflichtet:

1. alle im Bezirke der unterzeichneten Finanzämter wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);
2. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich aufzuhalten, in den Finanzamtsbezirken Dippoldswalde und Heidenau Grundbesitz haben oder ein Gewerbe oder eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Bezüge aus öffentlichen, innerhalb der Finanzamtsbezirke gelegenen Kassen mit Rücksicht auf frühere oder gegenwärtige dienstliche Berufstätigkeit erhalten.

Steuerpflichtige, die nicht schon auf Grund dieser Aufforderung ohne weiteres eine Steuererklärung abgegeben haben, sind — unbeschadet ihres Rechtes zur freiwilligen Abgabe einer Steuererklärung — verpflichtet, eine Steuererklärung abzugeben, wenn ihnen eine besondere Aufforderung hierzu von einem Finanzamte zugegangen ist und nach Ansicht des Finanzamts ihr steuerbares Einkommen im abgelaufenen Kalenderjahr oder in dem an dessen Stelle tretenden Wirtschaftsjahre den Betrag von 3000 M. überstiegen hat.

Die Steuererklärung eines Ehepaares muß das Einkommen seiner Ehefrau — sofern die Ehegatten nicht dauernd von einander getrennt leben — umfassen; die Steuererklärung eines Haushaltungsvorstandes muß das Einkommen seiner zu seiner Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder (eigene Abkömmlinge, Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie deren Abkömmlinge) mitumfassen, soweit es sich nicht um Arbeitseinkommen der Kinder handelt.

Die Steuererklärung ist für Personen, die unter Pflegschaft oder Vormundschaft oder unter elterlicher Gewalt stehen und selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagern sind, von dem Pfleger, Vormund oder Träger der elterlichen Gewalt abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Steuerklärungen abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen.

Für einen Steuerpflichtigen, der nach dem Beginne des Rechnungsjahres, aber vor Abgabe der Steuerklärung verstorben ist, ist die Steuerklärung, soweit ein Testamentvollstrecker oder ein Nachlasspfleger die Verwaltung des Nachlasses übernommen hat, von diesen Personen, andernfalls von den Erben abzugeben.

Dem Steuerpflichtigen steht es frei, die seinen Angaben in der Steuerklärung zugrundeliegenden Einzelberechnungen und andere zum Verständnis seiner Angaben dienende Erläuterungen und Zusätze in die Steuerklärung oder in eine beizufügende Anlage aufzunehmen.

Ist ein Einkommen auf Grund besonderer Buch- oder Geschäftsabchlüsse oder auf Grund von Bilanzen ermittelt, so sind Abschriften dieser Buch- oder Geschäftsabchlüsse oder Bilanzen der Steuerklärung beizufügen.

Soweit es sich um Einkommen handelt, das nur durch Schätzung ermittelt werden kann, steht es dem Steuerpflichtigen frei, die Schätzung solcher Einkommen selbst vorzunehmen und unter Mitteilung der Tatsachen, auf die sich die Schätzung gründet, deren Ergebnis in die Steuerklärung einzutragen oder nur die Tatsachen anzugeben, die er zur Ermittlung des Einkommens beizubringen vermag.

Zu den Steuerklärungen sind Vordrucke zu verwenden, die bei den Finanzämtern und den Gemeindebehörden (Steuerbestellen) kostenfrei abgegeben werden. Zusendung durch die Post kann nur erfolgen, wenn dem Antrage ein für Doppelbrief oder Drucksache freigelegter, mit Aufschrift versehener Briefumschlag beigelegt ist.

Die zur Abgabe der Steuerklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benützung des hierzu vorgeschriebenen Vordrucks bis zum 31. März 1921

bei den unterzeichneten Finanzämtern oder den Gemeindebehörden einzureichen. Die Erklärung kann auch mündlich vor dem zuständigen Finanzamte während der Geschäftsstunden zu Protokoll abgegeben werden. Auf der Erklärung ist die Wohnung am 15. November 1920 und die Nummer des Steuerbezirks, die vom Finanzamte oder von der Gemeindeverwaltung zu erfahren ist, genau abzugeben.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuerklärung Verpflichteten und desfalls zweckmäßig mittels Einschreibebriefs.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuerklärung gerät, wird mit Geldstrafen bis 500 M. zu der Abgabe der Steuerklärung angehalten; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden. Die Abgabe der Steuerklärung kann nach § 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen vorsätzlich bewirkt, daß die nach dem Einkommensteuergesetz zu entrichtende Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe mit fünf bis zwanzigfachen Beträge der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Bestrafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 53 des Einkommensteuergesetzes und §§ 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuergefährdung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung angeordnete Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

II.

Weiter wird auf Grund des § 9 Absatz 2 S. 2 des Kapitalertragsteuergesetzes vom 23. März 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 345) und der Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen über die Abgabe der Kapitalertragsteuerklärung vom 3. Januar 1921 folgendes angeordnet:

Wer in der Zeit vom 31. März bis 31. Dezember 1920 jähig gewordene Kapitalerträge der nachbezeichneten Art:

1. Zinsen von Hypotheken und Grundschulden, Renten von Rentenschulden,
2. Zinsen von Forderungen, die auf Grund einer Vereinbarung entrichtet werden, insbesondere aus Darlehen, Kautionen, Hinterlegungsgeldern, Abrechnungsgeldern, Kontokorrent- und sonstigen Guthaben, Zinsen bei Warenforderungen, gesetzliche Zinsen usw. (ausgenommen Sparkassen- und Bankzinsen),
3. vererbliche Rentenbezüge,
4. Diskontbeträge von inländischen Wechseln und Anweisungen, einschließlich der Schatzwechsel,
5. ausländische Kapitalerträge aller Art, auch aus Wertpapieren, bezogen hat,

Kapitalertragsteuererklärung

abzugeben. Die Verpflichtung zur Abgabe der Kapitalertragsteuerklärung besteht ohne Rücksicht auf die Höhe der bezogenen Erträge und auch dann, wenn die oben bezeichneten Erträge in einem land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb anfallen; lediglich über Diskontbeträge (Nr. 4) ist eine Erklärung nur dann abzugeben, wenn es sich um Kapitalanlagen handelt.

Soweit eine Verpflichtung zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung besteht, ist die Kapitalertragsteuerklärung gleichzeitig mit der Einkommensteuererklärung abzugeben.

Diese Kapitalertragsteuerklärung, zu der Vordrucke von den Finanzämtern oder den Gemeindebehörden kostenfrei abgegeben werden, ist ebenfalls bis zum 31. März 1921

bei den unterzeichneten Finanzämtern oder den Gemeindebehörden (Steuerbestellen) ausgefüllt oder dem zuständigen Finanzamte zu Protokoll abzugeben. Näheres ergibt sich aus dem dem Vordrucke beigefügten Erläuterungen.

Bei verspäteter Abgabe der Erklärung kann ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden (§ 170 der Reichsabgabenordnung). Die Abgabe der Steuerklärung kann nach § 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen werden.

Die Frage einer etwaigen Anrechnung der Kapitalertragsteuer auf Grund des § 44 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 wird bei der Veranlagung zur Einkommensteuer entschieden.

Die Hinterziehung der Kapitalertragsteuer wird mit einer Geldstrafe im ein- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft; daneben kann auf Gefängnis erkannt werden.

III.

- Außerdem werden nämlich Personen,
- a) die im Laufe des Jahres 1920 vorläufige Einkommensteuer entrichtet haben,
 - b) denen im Jahre 1920 Gehalts- oder Lohnbeiträge für die Einkommensteuer einbehalten worden sind,

aufgefordert, innerhalb der für die Abgabe der Steuerklärungen vorgeschriebenen Frist dem Finanzamte auf Verlangen über die Entrichtung der vorläufigen Einkommensteuer und die Einbehaltung der Gehalts- und Lohnbeiträge Auskunft zu geben. Vordrucke zur Erstattung dieser Auskünfte sind von den Finanzämtern oder den Gemeindebehörden (Steuerbestellen) zu beziehen.

Finanzämter Dippoldswalde und Heidenau, am 24. Februar 1921.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Die Preußen haben gewährt. Wieder ein Stück Arbeit erledigt!

Aber kann man das überhaupt Arbeit nennen, was dem gewöhnlichen Wähler zugemutet wird? Einen Stimmzettel in den Umschlag zu stecken und den offenen Brief an der Urne abzugeben, ist doch nicht schwer. Nun, einige Leute tun es mit Behagen; andere jedoch empfinden es als Last und Störung, wenn sie Ansprachen hören, Flugschriften lesen und sogar zum Wahllokal spazieren sollen. Jetzt können auch diese Schwärmer für Bequemlichkeit sich satt am ausruhen; denn beim regelrechten Lauf der Dinge werden erst im Sommer 1924 die Wahllokal wieder aufgeschlagen, — nämlich zur zweiten Reichstagswahl.

Also fängt für die Masse der Wähler ein langer Feterabend an, wenn die Stimmabgabe geschlossen ist. Aber all die kleinen und großen Wahlvorfälle, die Wähler und Rechnungsführer dann erst recht in's Geschick gehen. 17 Millionen und noch mehr Stimmzettel liegen in wirrem Gemisch in der Urne. Jeder einzelne muß herausgeholt, geprüft und gebucht werden. Für jede Partei wird ein Konto in jedem Wahllokal angelegt. Die Einzelkonten müssen dann auf-

mengerechnet werden für den ganzen Wahlkreis. Nach dem Addieren kommt das Dividieren. Auf 40 000 Stimmen jedesmal ein Mandat. Die übrig bleibenden Reste fallen nicht unter den Tisch, sondern werden in dem betreffenden Verband nochmals zusammengefaßt und dividiert und besenkt. Was dann noch an unbrauchbaren Resten übrig bleibt, geht zum dritten Male durch die Rechenmaschine der Landesliste. Adam Nieje, der sagenhafte Rechenmeister, hat leider die Verhältniswahl nicht erlebt; sonst hätte er sich diebisch geireut über die Köpfe und die Federn, die bei diesem riesigen Zahlenwerk zerbrochen werden.

Wenn die Rechner das Ihrige getan haben, müssen die neuen Abgeordneten an's Werk. Dann gilt es, die Volksvertretung zu organisieren und aus dem Parlament eine tüchtige Regierung zu schaffen.

Was die Wähler geleistet haben, ist zu vergleichen mit der Ansahrt von Bausteinen. Aus der Steinmasse soll aber ein brauchbares Haus werden. Das erfordert noch viel Arbeit und Kunst. Die führenden Männer brüten schon über den Bauplan.

Man sieht, es ist nicht so einfach und leicht, wenn ein großes Volk sich selbst regieren soll. Gut Ding will Weile haben, — auch die praktische Verwertung eines Wahlergebnisses.

Der Wahltag hat freilich eine gewisse Wichtigkeit für die Politik gebracht, aber doch keinen grund-

stürzenden Umschwung. Wahrscheinlich wird man sich mit etwas Flickwerk und Ausputz begnügen, um die Sache hübscher und dauerhafter zu machen.

Eine gewisse Verschiebung in den Stimmzahlen und den Mandatzahlen gehört zu den gewöhnlichen Erscheinungen des Wahlganges. Im allgemeinen geht es so, daß bei erfreulichen Verhältnissen die Regierungsparteien Zulauf haben, dagegen in trüblichen Zeiten die oppositionellen Richtungen. Jetzt sind die Zeiten schlecht, sehr schlecht, sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht. Viele sagen: Es muß anders werden, und sie glauben, es werde besser werden, wenn sie für eine Partei stimmen, die bisher noch nicht regiert hat. Diesmal spricht man von einem Rud nach rechts; aber er ist nicht so stark, daß eine innere Krisis daraus wurde. Die Parteimeister meinen, es sei mit etwas Reparatur und frischem Anstrich abzumachen.

Wir haben ja auch sonst genug zu tun. Ober-schleßen und London machen den kommenden März zu einem kritischen Monat erster Ordnung.

In der ober-schleßischen Angelegenheit haben wir ausnahmsweise einen Erfolg im Obersten Rat unserer Gegner errungen. Der französisch-polnische Plan, die Volksabstimmung in zwei Stücke zu zerreißen, und die ausgewanderten Oberschleßler erst an einem späteren Termin abstimmen lassen zu lassen, ist abgelehnt.

Wegweiser werden. Die Besessenen sollen...
am 20. März an die Urnen treten. Öffentlich wird dem
Freund Deutschlands durch Hauszeit oder Feigheit sich
von der Heimfahrt abhalten lassen. Nur etwas Opfer-
willigkeit, dann ist Oberschlesien gerettet.

Ob wir auf der Londoner Konferenz unsere
Lebensbedingungen retten können, das läßt sich freilich
nicht mit solcher Sicherheit sagen. Unsere Vorbereitung
für die Verhandlungen ist gut; die Stimmung in
Deutschland ist ausgezeichnet; aber die Macht und Zähig-
keit der Gegner ist leider auch sehr groß. Simons,
der Chef des Generalstabes für diesen hochpolitischen
Feldzug, hat in seiner letzten Rede dringend gemahnt,
wir sollten hinter der Kampffront die Entschlossenheit,
aber auch den Burgfrieden bewahren. Keine Streiks
und keine Streikigkeiten, bis sich das künftige Schicksal
Deutschlands entschieden hat!

Zu gleicher Zeit wurde in einem Berliner Blatt
Marmor gebildet wegen angeblicher Putschpläne, die von
einer kleinen Gruppe von Abenteurern für den Monat
März ausgebrütet sein sollen. Wer etwa von Rapp-
schen Vorbeeren geträumt hat, wird sich nach dieser Ent-
tüllung die tolle Sache gewiß noch einmal überlegen.
Mit den Schwanengeistern in eigenen Lande werden
wir schon fertig; aber die Entente und die Polen,
die stellen uns auf eine scharfe Probe.

Möge der März ein Frühlingsmonat bleiben
auch in politischer Hinsicht!

Der Bock als Biergärtner.

Die „hermetische Grenzabspernung“ an der ober-
schlesischen Grenze.

Von unserem Sonderberichterstatter wird uns ge-
schrieben:

— Beuthen, 23. Februar.

Es ist immer eine zweifelhafte Methode, den Bock
zum Gärtner zu machen. Für die Regierungskünstler
Oberschlesiens ist auch die zweifelhafte unübertrieben.
Die Polen haben, worüber niemand in der Welt mehr
zweifelt, zweimal zur Gewalt gegriffen, um Oberschle-
sien, das sie durch eine unbeeinträchtigte Abstimmung
bekommen werden, an sich zu reißen. Der darauf
einfolgende mit Blut und Mord erfüllte Einschüchte-
rungsfeldzug ist ihr Werk. Jetzt ziehen sie Truppen
an der Grenze zusammen, um seiner Wirkung im Ab-
stimmungsgebiet den nötigen Nachdruck zu verschaffen.
Und sie werden nicht zögern, falls die Abstimmung
für sie ungünstig ausfällt, die Folgerung mit einem
dritten Putsch zu ziehen.

Und dieses Volk fordert die Entente auf, die pol-
nisch-oberschlesische Grenze durch starke Besatzungen ab-
zusperren und zu sichern! Wer laßt nicht über diesen
Troppen die hohen Diplomatie oder die unerhörte
— Harmlosigkeit jener, denen zugemutet wird, den Bock
ernst zu nehmen oder gar zu glauben? Gegen wen
sollen die Polen die Grenze sichern? Gegen Deutsche?
— Wir danken bestens für jede Verabredung mit jedem
Land, dessen Herr und Meister Hunger und Verfall
sind. Gegen unsere Polen? — Die haben auch ein
Haar darin gefunden, hinüberzugehen. Gegen die „Bo-
sonka Polak“ — Dann mühten sich ja die Wächter
gegen ihr eigen Fleisch und Blut wenden, und das
kann ihnen tatsächlich im Ernst doch nicht zugemutet
werden. Gegen wen also? — Bleibt nur übrig, daß
sie sich selbst bewachen, um nicht durch Zufall eines
Tages so beiläufig über die Grenze zu schlittern, ein-
mal zum Rechten zu sehen.

Wenn das Wachen nicht so harmlos wäre, man
würde versucht, es furchtbarlich gefehlt zu nennen. Die
Hohe Internationale Kommission verkündet öffentlich
mit dem Brüllen tiefer Ueberzeugung, sie hätte die
polnische Regierung gebeten, die Grenze hermetisch ab-
zuschließen, und die polnische Regierung hätte dieses
demütige Gesuch huldvollst angenommen und gnädigst
durchgeführt. Das letztere schon vor der Annahme, und
zwar so gründlich, daß der polnische Grenzschutz gegen
Oberschlesien sich bis Danzig an die Ostsee erstreckt.
Und weil die bösen Germanen, auch nur mit Knäp-
peln bewaffnet, so verteilte Gegner wären, hätte
man jede Vorsicht gegen sie gebrauchen und in jedem
Dorf an der Grenze nicht nur Infanterie und Reiterei,
sondern auch Kanonen, Flieger u. a. gegen sie aufstah-
ren müssen.

Das ist die „hermetische Grenzabspernung“, mit
der man uns so lange an der Nase herumgeführt
hat! Stoff zu einem Lustspiel, wenn's nicht eines Ta-
ges — zum Trauerspiel wird. Jetzt kann es uns an
nichts mehr fehlen. Die Welt hat noch nie einen voll-
endeteren Bock als Biergärtner gesehen als den pol-
nischen vor dem Biergarten Oberschlesiens. — Wideoat
confules!

Oberschlesiens Landwirtschaft.

Ihre Bedeutung im Rahmen des deutschen Wirtschafts-
lebens.

Neben der großen Bedeutung Oberschlesiens in
gewerblicher Hinsicht darf auch seine Bedeutung für
die Landwirtschaft nicht vergessen werden.

Schon mit Beginn der christlichen Zeitrechnung
finden sich in Oberschlesien deutsche Bauernsiedlungen.
Nach einer kurzen Zeitpanne des Abströmens der deut-
schen Bauern beginnt im 12. Jahrhundert die Neu-
einwanderung des deutschen Bauerntums. Dieses brachte
dem Lande die erste große Blüte, besonders das linke
Oderufer wurde reines deutsches Bauernland, während
der unfruchtbare Boden des rechten Oderufers Groß-
grundherrschaften, deren Blüte meistens mit Adelsholz
bedeckt war, vorbehalten blieb, bis die Kohlenzerzeu-
gung und das Eisengewerbe den Wald verdrängten.

Aber auch heute hat Oberschlesien noch große Be-
deutung in landwirtschaftlicher Beziehung. Es besitzt
neben 347 000 Hektar forstwirtschaftlicher Fläche un-
gefähr 654 000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzungs-
fläche. Diese ist ungefähr der 33. Teil der gesamten
landwirtschaftlichen Nutzfläche des alten Deutschen
Reiches und der 20. Teil der Fläche des jetzigen Preu-
sens. Die 1913 auf dieser Nutzfläche gewonnenen
Krogenerträge (2 929 480 Doppelzentner) waren der
41. Teil der gesamten deutschen Roggenerträge. An Weizen
erzeugte Oberschlesien 1913 883 178 Doppelzent-
ner, an Gerste 948 488 Doppelzentner. Mit dem Weizen

läßt Ober-Ostpreußen würde das Deutsche Reich neben
den 6,8 Millionen Tonnen, um die sich die Brotgetreide-
ernte 1913 bereits vermindert hat, einen weite-
ren erheblichen Teil seiner Brotgetreideerzeugung ver-
lieren.

An Futtermitteln erzeugte Oberschlesien 1913
10 900 410 Doppelzentner, und zwar an Rüben gegen
2 882 059 Doppelzentner, an Hafer 2 495 225, an Klee
2 376 470, an Heu 3 176 662 Doppelzentner. Die Kar-
toffelerzeugung Oberschlesiens betrug vor dem
Kriege 16 642 564 Doppelzentner. Unsere Zucker-
erzeugung litt durch Krieg und Friedensvertrag
besonders stark. 1918 war die Anbaufläche von Zuckerrüben
206 000 Hektar geringer als 1913. Würde
Deutschland Oberschlesien verlieren, so würden wir mit
einem weiteren großen Rückgang der Zuckererzeugung
zu rechnen haben, betrug doch die Zuckerrüben-
ernte Oberschlesiens 1913 3 516 429 Doppelzentner.

Soziales.

Die Kündigung des Uebersehensabkommens.
Ueber die Kündigung des Uebersehensabkommens
durch die Bergarbeiterverbände sind in den letzten Ta-
gen verschiedentlich durchaus irreführende Mitteilungen
durch die Presse gegangen. Die Darstellung, wonach
die Kündigung des Abkommens unmittelbar mit dem
Diktat der Entente bezüglich der Kohlenlieferungen zu-
sammenhänge, ist vollkommen unzutreffend. Seit Mo-
naten haben die Bergschaften und Mitgliederversam-
lungen der organisierten Bergarbeiter im Ruhrrevier
die Kündigung des Uebersehensabkommens verlangt.
Von den Vertretern des alten Bergarbeiterverbandes
wurde sie bereits für Ausgang des laufenden Monats
gefordert. Hiergegen wurde vom Gewerkschaftsrat chris-
tlicher Bergarbeiter Einspruch erhoben. Alsdann wurde
mit Rücksicht auf die Londoner Verhandlungen mit der
Entente die Kündigung um 14 Tage verschoben, so daß
sie jetzt am 19. März wirksam werden wird.

Lohnabbau im Saargebiet. Zu den wiederholt
eingeleiteten Forderungen im Saarbergbau soll nun-
mehr der Lohnabbau treten. Die französische Berg-
werksdirektion hat den Organisationen der Bergarbeiter
mitgeteilt, daß nur durch Abbau der Löhne vom 15.
März ab die Befehlskosten teilweise verringert wer-
den könnten. Die Direktion hoffe mit einem um 15
bis 20 Franken je Tonne verbilligten Kohlenpreis die
alten Absatzgebiete zu halten und neue zu gewinnen.
Der Abbau der Löhne um vier Franken für die
Schicht sei das mindeste, was die Arbeiterschaft tra-
gen müsse. Die gesamte Saarindustrie würde andern-
falls unterliegen und Not und Elend über unzählige
Arbeiterfamilien kommen. Die Organisationen der
Bergarbeiter erlassen einen Aufruf an ihre Mitglie-
der, in dem sie erklären, daß jetzt die Stunde der
schwersten Belastung für das Saargebiet
geschlagen habe. Die Arbeiterschaft müsse gerüstet sein,
aber die Ruhe und die gewerkschaftliche Disziplin aufs
äußerste bewahren, um über die Krise hinwegzukommen.

Sport und Verkehr.

Retourleistung eines amerikanischen Flugzeuges.
Ein Postflugzeug, welches den Dienst zwischen San
Francisco und New York vorsteht, hat den kontinentalen
Rekord geschlagen, indem es diesen Flug in weniger
als 33 Stunden ausführte. Auch ist es das erste Mal,
daß ein Postflugzeug den Flug in der Nacht durchführt.

Aus Stadt und Land.

Die Beisehung des Herzogs Ernst Günther zu
Schleswig-Holstein findet am Sonnabend in Brinkenau
(Schlesien) statt. Mit der Vertretung an den Be-
isehungsfestlichkeiten hat der Kaiser den Prinzen
August Wilhelm von Preußen beauftragt. Von Fürst-
lichkeiten haben noch ihre Teilnahme zugesagt die Kron-
prinzessin, Frau Prinzessin Reuß, Erbprinz und Erb-
prinzessin von Glücksburg und u. a. noch Fürst und
Fürstin Solms.

Verlobung Rupprechts von Bayern. Der frü-
here Kronprinz Rupprecht von Bayern hat sich, wie die
„Münchener Neuesten Nachrichten“ hören, neuerdings
mit der Prinzessin Antonie von Luxemburg, der Toch-
ter des verstorbenen Großherzogs Wilhelm von Luxem-
burg, verlobt. Bekanntlich hatte der Kronprinz nach
der Revolution seine damalige Braut in Unbetrocht der
veränderten Verhältnisse von ihrem Wort entbunden.

Die amerikanischen Farmersöhne, die den er-
sten Transport amerikanischer Milchläche nach Deutsch-
land brachten und vor einigen Tagen Frankfurt be-
suchten, haben durch den Tod eines Teilnehmers an
der Fahrt, der unterwegs erkrankt war und trotz sorg-
samster Pflege nunmehr in Frankfurt gestorben ist, einen
schmerzlichen Verlust erlitten. Die Beerdigung des
jungen Mannes wird unter Teilnahme einer amerika-
nischen Vertretung aus Berlin, von Vertretern der
Stadt Frankfurt, des Roten Kreuzes usw. stattfinden.

Spitzen.

Roman von Paul Andros.

(16 Fortsetzung.)

„Dann sind Sie genügend entschuldigt, Durch-
laucht!“

Der Fürst hatte den hohen Pelztragen aufgeschla-
gen und sein Gesicht ganz darin begraben.

Es schneite unbarmherzig, die Gasflammen schim-
mernten trübe und rot durch die dicke weiße Masse, die
sie umwirbelte. Fußhoch lag der Schnee auf dem Pfla-
ster: der Fürst verankert bis eine Handbreit über die
Knöchel darin und bei den Straßenübergängen noch
tiefer. Mit vorgebeugtem Kopf, die Augen fest zu-
sammenkneisend, unter der Last des schweren Pelzes
schwiegend und von der feuchten Wärme seines eigenen
Atems, den der Stragen auf sein Gesicht zurückwarf, un-
angenehm berührt, ging er, so schnell es unter diesen
Beschwerlichkeiten möglich war, voran.

In der Behrenstraße war es noch ziemlich lebhaft
gewesen. Auf beiden Seiten der Straße standen da
die Equipagen und Mietwagen in langen Reihen,
Aufseher und Diener verwünschten die Herrschaften, die
es sich da oben, im warmen, von strahlenden Kerzen

beleuchteten Saal bei Speise und Saft, im
Musik und Tanz wohl sein ließen.

In der Wilhelm- und Bosphstraße aber ließ sich kein
Mensch blicken. Die Wächter hatten wohl unter den Toren
wegen gegen diese gewalttätige Entladung des wintere-
lichen Nachthimmels Bedung gesucht.

Der Fürst machte größere Schritte, als er bei der
Bewegung des Fürsten von Eshof vorüberging. Am
Ende der Bosphstraße bog er rechts ab in die Königsgräben-
straße. Er ging jetzt langsamer. Der Schneefall war
mitunter in seinen willkürlichen Vorstößen so stark,
daß der Fürst nicht fünf Schritte um sich blicken konnte.
Aber er fand doch die Tür, die er suchte, und es war
ihm, als ob sich das Unwetter legen wollte. Die Hosen
schienen sich zu lichten und zu lösen.

VII.

Wenige Minuten vor Mitternacht war der Wagen
vor dem Henechischen Palais vorgefahren. Johann hatte
den Schlag geöffnet, gefragt: ob die gnädige Gräfin
noch Befehle habe, und sich, nachdem die Frage ver-
neint worden war, entfernte. Berta, die in der Vorhalle
gewartet hatte, folgte ihrer Herrin in das Parkzimmer.
Nero sprang Julianen blickend und webedel entgegen
und beruhigte sich erst, als sie ihn auf die breite
Stirn geklopft hatte.

Die Kammerjungfer benahm sich heute, während sie
der Gräfin beim Entkleiden beistand, merkwür-
dig ungeschicklich; ihr Gesicht war sonderbar gerötet, so daß
in Julianen einen Augenblick der Verdacht aufstieg, die
Jose habe ihre Abwesenheit benützt, um ein Glas Wein
zuziel zu trinken. Sie war überhaupt mit Berta lange
nicht mehr so zufrieden, wie in früherer Zeit. Berta
Juliane argwöhnischer Natur gewesen, und hätte sie es
überhaupt der Nähe für wert gehalten, das Wesen
ihrer Jungfer genauer zu beobachten, so würde sie in
deren Benehmen von einem gewissen Tage an eine
erhebliche Veränderung bemerkt haben, obwohl Berta
in der Kunst der Vertiefung erfahren und scheinbar
gerade so unterwürdig war wie früher. Und doch war
etwas anders geworden. Das war seit einiger Zeit auch
Juliane aufgefallen, und es war ihr gar nicht un-
lieb, daß ihr Berta zum April den Dienst gekündigt
hatte, um sich mit dem Kammerdiener zu vermählen.

Nachdem Julianen ein Hauskleid übergeworfen und
ihre Haare gelöst hatte, die nun in herrlichen schwarzen
Ringeln über ihre Schultern bis an die Knie herab-
stuteten, gab sie Berta die Weisung, die Spitzen abzu-
trennen und zusammenzulegen und dann mit der „So-
mora“ und den Perlen ihr zu folgen. Sie selbst ver-
schloß die Kostbarkeiten in dem eisernen Schrank und
nahm den Schlüssel an sich. Nero wich nicht von ihrer
Seite. Darauf verabschiedete sie Berta, die sich ver-
neigte und dann mit dem Wunsche einer guten Nacht
das Zimmer verließ.

Berta zitterte heftig, als sie auf dem dunklen
Flur war. Mit stürmisch klopfendem Herzen und sto-
fendem Atem tapete sie ganz behutsam nach der Tür
rechts, die zum Toilettenzimmer führte, brückte die
Klinke leise auf und lehnte die Tür an, so daß sie
nun ohne jedes Geräusch geöffnet werden konnte.

Nero mußte wohl merken, daß nicht alles in Ord-
nung war. Er blieb auf einmal stehen, spitzte die
Ohren und sprang dann zur Tapetentür. Als nun aber
alles ruhig blieb, kehrte er zu seiner Herrin zurück
und drängte sich schmeicheleisch an sie.

Juliane schritt bald hastig, bald schleichend langsam
durch ihr Zimmer. Sie wand sich an den verschiedenen
Wohlbekannt, die im Zimmer überall umherstanden
und deren willkürliche Anordnung dem großen Raum
seinen besonderen Charakter gab. Nero folgte ihr an
Schritt und Tritt und ließ seine Herrin von Zeit zu
Zeit sanft mit der Schnauze an, um sie über sein
Wegenwart zu beruhigen.

„Ja, du gutes Tier, du bist treu!“ sagte sie unter
heißem Tränen, während sie den Hund klopfte, der
vor Freude so stark wedelte, daß sein ganzer mächtiger
Körper erschüttert wurde. „Du bist treu und stark
— nur kostete mich ein Wort, ein Schnalzen mit der Zunge
— nur einen Blick, du sprängst ihm an die Kehle und
würgest den Treulosen! Du dünkest mein Mäher sein
hätte ich doch den Mut, dich dazu zu machen, und mit
dann eine Kugel durchs Herz zu jagen! Aber ich
bin feige! erbarmlich feige!“

Sie liebte den Hund, drückte ihn zärtlich an
sich und legte ihre Wange an seinen Schädel. Nero
stand unbeweglich, wie aus Erz gegossen. Er träu-
felte nur die Nase, als ihn die langen schwarzen Ringel
stießen.

Sie war ans Fenster getreten und dann an die
breite Glasstür. Ihre Stirn brannte. Sie schob die
leichte Gardine zurück und drückte den heißen Kopf
an die kalte Scheibe. Es tat ihr wohl.

War das ein Sturm da draußen!

Aber so sehr es da draußen blies und heulte und
trieb, in ihrem Innern tobte es noch ganz anders.
Sie trat von einem heißen Fieberschauer durchdrückt
zurück. Ihre Kehle war trocken, ihre Zunge glühte.

Auf einmal sprang Nero, der ruhig hinter ihr ge-
standen und seinen mächtigen Kopf an den weichen Stoff
ihres Schlafrocks gelehnt hatte, unruhig zur Seite,
drängte an die Tür, hob den Kopf, als ob er durch die
Scheiben in den Park sehen wollte, und bellte laut auf.
Sie versetzte ihm einen Schlag und rief geblöckelt
„Still, Nero!“

Gleich darauf sah sie, wie eine hohe dunkle Gestalt
in den Park eintrat und den schmalen Seitenweg nach
links unter den Bäumen einschlug.
Sie packte den Hund, der unruhig nach dem Aus-
gange drängte und sich große Gewalt antun mußte, um
dem Verbote des Wellens zu gehorchen. — Sie packte ihn
beim Halsband und zerrte ihn in stürmischer Hast in das
nur von dem Schimmer des jetzt offenen Parkzimmers
matt beleuchtete Toilettenzimmer vor den eisernen
Schrank.

„Ruf dich!“ befahl sie ihm, und indem sie drohend
den Finger erhob, sagte sie mit scharfer Eindringlichkeit
hinzu: „Rührst und regst dich nicht! Still, Nero!
Ruf dich!“

(Fortsetzung folgt)

Schiedeberg.

Expeditionszeit: Montags bis Freitags vormittags 8-1 und
nachmittags 3-5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von
8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet.